

Der renommierte US-Publizist Paul Craig Roberts erläutert, warum er die USA für einen Polizeistaat hält.

LUFTPOST

**Friedenspolitische Mitteilungen aus der
US-Militärregion Kaiserslautern/Ramstein
LP 043/10 – 11.02.10**

Jetzt ist es offiziell: Die USA sind ein Polizeistaat

Von Paul Craig Roberts

INFORMATION CLEARING HOUSE, 09.02.10

(<http://www.informationclearinghouse.info/article24634.htm>)

Die Amerikaner verlieren seit Jahren den Schutz durch die Gesetze. Im 21. Jahrhundert hat sich der Rechtsverlust durch den von der Bush-Administration angefangenen und von der Obama-Regierung fortgesetzten "Krieg gegen den Terror" beschleunigt und ist zum Krieg gegen die US-Verfassung und die Bürgerrechte geworden.

Das Bush-Regime war von Anfang an entschlossen, den Habeas Corpus Act zu missachten, um Menschen ohne (richterliche Anordnung und) ohne Anklage auf unbestimmte Zeit einsperren zu können. Weil dieses Regime eine Belohnung für die Ergreifung von "Terroristen" bezahlte, sammelte es in kurzer Zeit Hunderte von Gefangenen an. Afghanische Warlords und Kriminelle nutzten den finanziellen Anreiz aus, indem sie schutzlose Menschen ergriffen und sie den Amerikanern (als Terroristen) verkauften.

Die Bush-Administration musste die Gefangenen ohne Anklage einsperren, weil sie keine Beweise für ein schuldhaftes Verhalten hatte und nicht zugeben wollte, dass sie von Kriegsherren und Kriminellen hereingelegt worden war, die einfach unschuldige Leute gekidnappt hatten. Außerdem brauchte das Bush-Regime dringend gefangene "Terroristen", um die (behauptete) terroristische Bedrohung belegen zu können.

Weil es keine Beweise gegen die "Häftlinge" gab – die meisten mussten ohne Anklage nach jahrelanger Haft und Misshandlung wieder freigelassen werden – musste die US-Regierung einen Weg finden, um mit Hilfe der nach den US-Gesetzen und dem Völkerrecht verbotenen Folter durch Selbstbeichtigung (der Gefolterten) "Beweise" produzieren zu können. Das Bush-Regime fand unmenschliche und totalitär eingestellte Juristen und ließ sie im US-Justizministerium (!) Argumente erfinden, mit denen die Gesetze umgangen werden konnten.

Das Bush-Regime schuf eine neue Kategorie von Inhaftierten, der es den gesetzlichen Schutz und das vorgeschriebene Verfahren für die Behandlung von Häftlingen vorenthalten konnte. Weil die Inhaftierten keine US-Bürger waren und als "die 760 gefährlichsten Männer auf der Erde" dämonisiert wurden, gab es wenig öffentlichen Widerstand gegen das verfassungswidrige und unmenschliche Vorgehen des Regimes.

Schon unsere Gründerväter und eine lange Liste von Rechtsgelehrten warnten davor, dass Verstöße gegen die Bürgerrechte einzelner (Ausländer) die Bürgerrechte aller (Amerikaner) gefährden. So wurden bald auch US-Bürger in Verletzung der ihnen durch den Habeas Corpus Act garantierten Rechte (ohne richterliche Anordnung) auf unbestimmte Zeit eingesperrt. Frau Dr. Aafia Siddiqui, eine US-Bürgerin pakistanischer Herkunft, könnte die erste gewesen sein (s. http://en.wikipedia.org/wiki/Aafia_Siddiqui).



Frau Dr. Aafia Siddiqui
(Foto: Wikipedia)

Frau Dr. Siddiqui, eine Wissenschaftlerin, die an der Brandeis University und am Massachusetts Institute of Technology / MIT studiert hat, wurde in Pakistan aus unbekanntem Gründen festgenommen und nach Afghanistan gebracht; dort wurde sie insgeheim fünf Jahre lang in dem berüchtigten US-Militärgefängnis Bagram gefangen gehalten. Ihre drei kleinen Kinder wurden mit ihr zusammen entführt, auch das acht Monate alte Baby. Sie weiß nicht, was mit ihren beiden jüngsten Kindern geschehen ist. Ihr ältestes siebenjähriges Kind wurde auch in Bagram eingesperrt und der gleichen schrecklichen Misshandlung unterworfen.

Frau Siddiqui wurde niemals wegen eines terroristischen Vergehens angeklagt. Eine britische Journalistin, die sie während der Folter durchdringend schreien hörte, machte ihren Aufenthaltsort bekannt (s. <http://www.informationclearinghouse.info/article24605.htm>). Die erappte US-Regierung reagierte auf die Enthüllung, indem sie Frau Siddiqui in die USA überführte und mit einer erfundenen Anklage ein Verfahren gegen sie eröffnete. Sie wurde beschuldigt, während ihrer Gefangenschaft einem US-Soldaten das Gewehr entrisen und zwei Schüsse auf ihn abgefeuert zu haben, in der Absicht, ihn umzubringen. Diese Anklage wurde offensichtlich erhoben, um einen US-Soldaten zu entlasten, der Frau Dr. Siddiqui mit zwei Schüssen in den Bauch beinahe getötet hätte.

Am 4. Februar wurde Frau Dr. Siddiqui von einer New Yorker Jury für den (angeblichen) Mordversuch verurteilt. Die Anklage war nur durch die unbewiesene Behauptung gestützt, sie habe einmal auf einem US-Schießstand an einem Kurs im Pistolenschießen teilgenommen. Es gab keine Fingerabdrücke auf dem Gewehr, das diese zerbrechliche und zerbrochene Frau, die nur 100 Pound (ca. 45 kg) wiegt, einem amerikanischen Soldaten entrisen haben soll. Es gab auch keine Beweise, dass sie die Waffe abgefeuert hat, keine Kugeln, keine Patronenhülsen, keine (Fotos von) Einschusslöchern, nur die Beschuldigung.

In dem Wikipedia-Artikel ist über die Verhandlung zu lesen: "Der Prozess nahm eine unerwartete Wendung, als ein FBI-Mitarbeiter zugab, dass die von dem Gewehr, mit dem Frau Siddiqui auf die sie Verhörenden geschossen haben soll, abgenommenen Fingerabdrücke nicht mit ihren übereinstimmen." (s. nochmals http://en.wikipedia.org/wiki/Aafia_Siddiqui)

Eine ignorante und voreingenommene US-Jury hat sie verurteilt weil sie eine Muslima ist. Das ist die Art "Gerechtigkeit", die immer praktiziert wird, wenn ein Staat Ängste schürt und eine Menschengruppe dämonisiert.

Die Leute, denen man den Prozess hätte machen müssen, sind die Leute, die sie entführt haben, ihre kleinen Kinder verschwinden ließen, sie in ein anders Land verschleppten, ihre Bürgerrechte verletzten, sie offensichtlich zum eigenen Vergnügen folterten, vergewaltigten und mit zwei Gewehrschüssen in den Bauch zu ermorden versuchten. Stattdessen wurde das Opfer vor Gericht gestellt und verurteilt.

So etwas kann nur in einem Polizeistaat geschehen. Und das Opfer ist auch noch eine Bürgerin der Vereinigten Staaten.

Jeder könnte der nächste sein. Tatsächlich hat Dennis Blair, der Direktor der Nationalen Nachrichtendienste (s. http://de.wikipedia.org/wiki/Dennis_C._Blair), am 3. Februar vor dem Geheimdienst-Ausschuss des Repräsentantenhauses erklärt, es sei jetzt "offizielle Politik", dass die US-Regierung ihre eigenen Bürger ermorden kann – nur auf Grund ihrer Einschätzung, dass von diesen Amerikanern eine Bedrohung ausgehe: ohne Festnahme,

ohne Gerichtsverhandlung, ohne Urteil, nur wegen des Verdachtes, eine Bedrohung zu sein. (s. dazu auch http://www.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP_10/LP03510_040210.pdf)

Da zeigt sich, wie weit sich die USA schon zum Polizeistaat entwickelt haben. Ein vom Präsidenten berufenes Mitglied der Obama-Regierung lässt einen wichtigen Ausschuss des Kongresses wissen, dass die Exekutive beschlossen hat, US-Bürger im Ausland ermorden zu lassen, wenn sie glaubt, dass eine Bedrohung von ihnen ausgeht.

Ich höre Leser sagen, die Regierung könne doch auch im Ausland Amerikaner umbringen, wenn sie es schon zu Hause tue – wie in Waco (s. http://en.wikipedia.org/wiki/Waco_Siege), in Ruby Ridge (s. <http://www.constitution.org/ruby/ruby.htm>) oder bei den Black Panthers (s. http://de.wikipedia.org/wiki/Black_Panther_Party).

Ja, die US-Regierung hat schon US-Bürger ermordet, aber Dennis Blairs angekündigte "offizielle Politik" kennzeichnet eine verschärfte neue Entwicklung. Die Regierung bestreitet natürlich, dass sie vorhatte, die Sektenmitglieder der Branch Davidians (in Waco, s. http://de.wikipedia.org/wiki/Branch_Davidians), Randy Weavers Frau und Kind (in Ruby Ridge, s. http://en.wikipedia.org/wiki/Randy_Weaver) oder die Black Panthers zu töten. Die Regierung behauptet, Waco sei eine schreckliche Tragödie gewesen – mit unbeabsichtigtem Ausgang, den nur die Davidians selbst verschuldet hätten. Die Regierung behauptet, das Vorkommnis in Ruby Ridge habe Randy Weaver zu verantworten, weil er nicht an einem bestimmten Tag vor Gericht erschienen sei – der ihm falsch mitgeteilt worden war. Und die Black Panthers seien nur gefährliche Kriminelle gewesen, die es auf eine Schießerei angelegt hätten.

Bei keiner der früheren Tötungen von US-Bürgern im Auftrag des Staates hat die US-Regierung es gewagt, zu behaupten, sie habe das Recht, Amerikaner ohne Verhaftung, Gerichtsverhandlung und Verurteilung wegen eines Kapitalverbrechens umzubringen.

Im Gegensatz dazu hat Dennis Blair dem US-Kongress eröffnet, die Exekutive nehme sich das Recht, Amerikaner, die sie für einen "Bedrohung" hält, einfach zu ermorden.

Was heißt "Bedrohung"? Wer entscheidet, was eine Bedrohung ist ? Die Regierung kann doch jeden ermorden lassen, den nur sie auswählt.

Es gibt keinen vollkommeneren und überzeugenderen Beweis für einen Polizeistaat, als die Ankündigung einer Regierung, dass sie eigene Bürger, die sie für eine Bedrohung hält, ermorden wird.

Ist es nicht eine Ironie (der Geschichte), dass "der Krieg gegen den Terror", der uns mehr Sicherheit geben sollte, die USA zu einem Polizeistaat gemacht hat, dessen Regierung sich das Recht herausnimmt, US-Bürger, die sie zur "Bedrohung" erklärt, einfach umbringen zu lassen?

Dr. Roberts war stellvertretender Finanzminister in der Reagan-Regierung und Mitherausgeber des WALL STREET JOURNALS. Er ist Kolumnist des CREATORS SYNDICATE in Los Angeles (s. <http://www.creators.com/>).

(Wir haben den Artikel des renommierten US-Publizisten Paul Craig Roberts, der keines Kommentars bedarf, komplett übersetzt und mit Ergänzungen und Links in Klammern versehen. Anschließend drucken wir den Originaltext ab.)



It Is Now Official: The U.S. Is A Police State

By Paul Craig Roberts

February 09, 2010 "Information Clearing House" -- Americans have been losing the protection of law for years. In the 21st century the loss of legal protections accelerated with the Bush administration's "war on terror," which continues under the Obama administration and is essentially a war on the Constitution and U.S. civil liberties.

The Bush regime was determined to vitiate habeas corpus in order to hold people indefinitely without bringing charges. The regime had acquired hundreds of prisoners by paying a bounty for "terrorists." Afghan warlords and thugs responded to the financial incentive by grabbing unprotected people and selling them to the Americans.

The Bush regime needed to hold the prisoners without charges because it had no evidence against the people and did not want to admit that the U.S. government had stupidly paid warlords and thugs to kidnap innocent people. In addition, the Bush regime needed "terrorists" prisoners in order to prove that there was a terrorist threat.

As there was no evidence against the "detainees" (most have been released without charges after years of detention and abuse), the U.S. government needed a way around U.S. and international laws against torture in order that the government could produce evidence via self-incrimination. The Bush regime found inhumane and totalitarian-minded lawyers and put them to work at the U.S. Department of Justice (sic) to invent arguments that the Bush regime did not need to obey the law.

The Bush regime created a new classification for its detainees that it used to justify denying legal protection and due process to the detainees. As the detainees were not U.S. citizens and were demonized by the regime as "the 760 most dangerous men on earth," there was little public outcry over the regime's unconstitutional and inhumane actions.

As our Founding Fathers and a long list of scholars warned, once civil liberties are breached, they are breached for all. Soon U.S. citizens were being held indefinitely in violation of their habeas corpus rights. Dr. Aafia Siddiqui an American citizen of Pakistani origin might have been the first.

Dr. Siddiqui, a scientist educated at MIT and Brandeis University, was seized in Pakistan for no known reason, sent to Afghanistan, and was held secretly for five years in the U.S. military's notorious Bagram prison in Afghanistan. Her three young children were with her at the time she was abducted, one an eight-month old baby. She has no idea what has become of her two youngest children. Her oldest child, 7 years old, was also incarcerated in Bagram and subjected to similar abuse and horrors.

Siddiqui has never been charged with any terrorism-related offense. A British journalist, hearing her piercing screams as she was being tortured, disclosed her presence. <http://www.informationclearinghouse.info/article24605.htm> An embarrassed U.S. government responded to the disclosure by sending Siddiqui to the U.S. for trial on the trumped-

up charge that while a captive, she grabbed a U.S. soldier's rifle and fired two shots attempting to shoot him. The charge apparently originated as a U.S. soldier's excuse for shooting Dr. Siddiqui twice in the stomach resulting in her near death.

On February 4, Dr. Siddiqui was convicted by a New York jury for attempted murder. The only evidence presented against her was the charge itself and an unsubstantiated claim that she had once taken a pistol-firing course at an American firing range. No evidence was presented of her fingerprints on the rifle that this frail and broken 100-pound woman had allegedly seized from an American soldier. No evidence was presented that a weapon was fired, no bullets, no shell casings, no bullet holes. Just an accusation.

Wikipedia has this to say about the trial: "The trial took an unusual turn when an FBI official asserted that the fingerprints taken from the rifle, which was purportedly used by Aafia to shoot at the U.S. interrogators, did not match hers."

An ignorant and bigoted American jury convicted her for being a Muslim. This is the kind of "justice" that always results when the state hypes fear and demonizes a group.

The people who should have been on trial are the people who abducted her, disappeared her young children, shipped her across international borders, violated her civil liberties, tortured her apparently for the fun of it, raped her, and attempted to murder her with two gunshots to her stomach. Instead, the victim was put on trial and convicted.

This is the unmistakable hallmark of a police state. And this victim is an American citizen.

Anyone can be next. Indeed, on February 3 Dennis Blair, director of National Intelligence told the House Intelligence Committee that it was now "defined policy" that the U.S. government can murder its own citizens on the sole basis of someone in the government's judgment that an American is a threat. No arrest, no trial, no conviction, just execution on suspicion of being a threat.

This shows how far the police state has advanced. A presidential appointee in the Obama administration tells an important committee of Congress that the executive branch has decided that it can murder American citizens abroad if it thinks they are a threat.

I can hear readers saying the government might as well kill Americans abroad as it kills them at home--Waco, Ruby Ridge, the Black Panthers.

Yes, the U.S. government has murdered its citizens, but Dennis Blair's "defined policy" is a bold new development. The government, of course, denies that it intended to kill the Branch Davidians, Randy Weaver's wife and child, or the Black Panthers. The government says that Waco was a terrible tragedy, an unintended result brought on by the Branch Davidians themselves. The government says that Ruby Ridge was Randy Weaver's fault for not appearing in court on a day that had been miscommunicated to him, The Black Panthers, the government says, were dangerous criminals who insisted on a shoot-out.

In no previous death of a U.S. citizen by the hands of the U.S. government has the government claimed the right to kill Americans without arrest, trial, and conviction of a capital crime.

In contrast, Dennis Blair has told the U.S. Congress that the executive branch has assumed the right to murder Americans who it deems a "threat."

What defines “threat”? Who will make the decision? What it means is that the government will murder whomever it chooses.

There is no more complete or compelling evidence of a police state than the government announcing that it will murder its own citizens if it views them as a “threat.”

Ironic, isn't it, that “the war on terror” to make us safe ends in a police state with the government declaring the right to murder American citizens who it regards as a threat.

Dr. Roberts was Assistant Secretary of the Treasury in the Reagan administration and associate editor of the Wall Street Journal. He is a nationally syndicated columnist for Creators Syndicate in Los Angeles.

www.luftpost-kl.de

VISDP: Wolfgang Jung, Assenmacherstr. 28, 67659 Kaiserslautern